

CSU: „Die AfD kann zurückgedrängt werden“

Fraktionsvorsitzender Kreuzer: Obergrenze muss sein

WOLFRAMS-ESCHENBACH (sh) – Die AfD kann durch eine vernünftige Politik zurückgedrängt werden. Davon ist der Vorsitzende der CSU im Landtag, Thomas Kreuzer, überzeugt. Er sehe die AfD noch lange nicht im Jahr 2018 im Maximilianeum, sagte Kreuzer beim Frühjahrsempfang der Landkreis-CSU in Wolframs-Eschenbach. Schuld am Wahlerfolg der AfD sei eine verfehlte Migrationspolitik in Berlin. „Die dort tragen die Verantwortung.“ Kreuzer rief dazu auf, für die Flüchtlingspolitik der CSU zu kämpfen – „in Berlin und bei der Bevölkerung“.

„Dies kann so nicht auf Dauer weitergehen“, sagte Kreuzer mit Blick auf die Zahl von rund 1,1 Millionen Asylbewerbern und Flüchtlingen, die im vergangenen Jahr nach Deutschland kamen. „Wir können eine so große Zahl pro Jahr weder vernünftig unterbringen noch ausbilden noch qualifizieren.“ Deutschland müsse sicherstellen, dass nur so viele Flüchtlinge kommen, wie das Land eben aufnehmen kann. „Deswegen brauchen wir eine Obergrenze.“ Kreuzer erhielt immer wieder Beifall. Mit den stärksten Applaus gab es für diese Aussage.

Zusätzlich forderte Kreuzer „nati-

onale Maßnahmen“, sprich eine deutsche Grenzsicherung. „Wir brauchen an unseren Grenzen wieder Recht und Gesetz.“ Die Kanzlerin, so Kreuzer, müsse erklären, dass Deutschland niemanden mehr aufnehmen, wenn die Obergrenze erreicht sei – „genauso wie es Österreich jetzt macht“.

Konkret verlangte der CSU-Politiker aus dem Allgäu, dass der Artikel 16a des Grundgesetzes wieder gelte, wonach sich auf das Asylrecht nicht berufen kann, „wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist“. Ebenso müsse Paragraph 18 des Asylgesetzes wieder vollzogen werden: Danach ist einem Ausländer „die Einreise zu verweigern, wenn er aus einem sicheren Drittstaat einreist“.

Um eben das zu erreichen, müsse sich die CSU so lange auf die Hinterfüße stellen, bis die CDU auf die Linie der CSU umschwenke. Wenn die CDU-Führung jetzt nach den drei Landtagswahlen erkläre, man müsse keinerlei Konsequenzen ziehen, „dann entsetzt mich das“, sagte



CSU-Fraktionschef Thomas Kreuzer (Mitte) sprach beim Frühjahrsempfang der Landkreis-CSU. Dabei kam es zu einem Wiedersehen mit dem früheren Landwirtschaftsminister Hans Maurer (rechts). Links der Bürgermeister von Wolframs-Eschenbach, Michael Dörr.
Foto: Haberl

Kreuzer. Nach dem Linksruck der CDU würden die Bürger rechts von der Mitte nur noch drei Parteien wahrnehmen: CSU, AfD und NPD. Doch wünschten sich zwischen 30 und 40 Prozent der Bürger eine konservative Politik. So hätten es etwa 60 Prozent der AfD-Wähler begrüßt, wenn sie die CSU hätten wählen können. „Die CDU haben sie nicht gewählt.“

Auf der anderen Seite, so Kreuzer, gebe Bayern viele Millionen Euro für die Integration und die Bildung von Flüchtlingen aus. Kein anderes Bundesland leiste dergleichen auch nur annähernd. Wer bleiben wolle, müsse allerdings „unsere Kultur, unsere Tradition und Religion akzeptieren“. Der Fraktionsvorsitzende rief dazu auf, aufrichtig seine Meinung zu sagen. Dieser Kampf, diese Ausein-

dersetzung müsse jetzt geführt werden.

Am Ende bat eine Windsbacherin ums Wort. Sie setzte sich für einen Mann aus Weißrussland ein, der seit sechs Jahren hier lebe und arbeite, nun aber von der Abschiebung bedroht sei. Kreuzer bat um die Unterlagen. Für besonders schwierige Fälle habe Bayern vor Jahren eine Härtefall-Kommission eingerichtet.